

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 112. Ratssitzung vom 28. Oktober 2020

3109. 2019/288

Motion der AL-Fraktion vom 26.06.2019:

Vergütung eines jährlichen Betrags an die Kosten professionell geleiteter gesundheitsfördernder Massnahmen für Bewohnerinnen und Bewohner am oder unter dem Existenzminimum

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1438/2019): Die letzte nationale repräsentative Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2017 stellte eindeutig fest, dass körperliche Aktivität wesentlich zu einem gesunden Lebensstil beiträgt. Gemäss Bundesamt für Gesundheit (BAG) zeigen körperlich inaktive Personen im Vergleich zu Menschen, die sich ausgiebig bewegen, unter anderem ein deutlich höheres Risiko für Diabetes und Bluthochdruck. Körperlich aktive Menschen leiden seltener unter Schlafproblemen und depressiven Störungen. Das BAG zeigt also, dass Sport nicht nur hilft, körperlich fit zu bleiben, sondern auch dazu beiträgt, Stresssituationen besser zu bewältigen. In Anbetracht der Übergewichtsproblematik und der jährlich wachsenden Depressionszahlen in der Bevölkerung dürfen uns diese Erkenntnisse politisch nicht kalt lassen. Es ist unsere Aufgabe, den niederschweligen Zugang zu sportlichen Angeboten für alle Schichten zu garantieren. In dieser Frage spielt die Schichtzugehörigkeit eine entscheidende Rolle. So kommt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in ihrem Bericht zu den sozialen Determinanten zum Schluss, dass die soziale Ungleichheit ein Hauptgrund von gesundheitlichen Differenzen in der Bevölkerung darstellen. Sprich: Besser Ausgebildete haben weltweit eine bessere Chance, gesund zu bleiben. Während 42 Prozent der Personen in der Schweiz mit obligatorischem Schulabschluss mindestens einmal pro Woche Sport treiben, machen dies 73 Prozent der Personen mit einem Hochschulabschluss. Auch der kürzlich veröffentlichte Bericht «Sport in der Stadt Zürich 2020» schlägt in die gleiche Kerbe. Während 49 Prozent der StadtzürcherInnen mit einer obligatorischen Schulausbildung nie Sport treiben, liegt dieser Anteil bei den städtischen AkademikerInnen bei lediglich 7 Prozent. Die gesundheitspolitisch relevante Frage ist aber: Wie können die mehrfach bestätigten Zusammenhänge erklärt werden? Die Antwort ist so simpel wie alt: Menschen mit höherer Bildung können sich nicht nur einfacher und besser über protektive Massnahmen informieren, sie verfügen auch über ein dickeres Portemonnaie, um sich die Massnahmen leisten zu können. Diejenigen, die in dieser Aussage Klassenkampfrhetorik wittern, weise ich darauf hin, dass alle Untersuchungen die Abhängigkeit zwischen sportlicher Aktivität und Einkommensklasse eindeutig aufzeigen. Wie können uns diese Zusammenhänge kein Dorn im Auge sein? Es ist unsere gesundheitspolitische Pflicht, zu handeln. In An-

betracht der Eindeutigkeit der vorgestellten Zahlen müsste das unabhängig der Parteifarbe geschehen. Wir haben zwei Interventionsebenen, um das Problem zu lösen: Einerseits können wir dafür sorgen, dass manche Bevölkerungsschichten besser über die Wirkung von Sport informiert werden und andererseits können wir versuchen, die Zugangshürden für Sportangebote zu senken. In Anbetracht dessen, dass die Gesundheitsprävention keine Gemeindekompetenz darstellt, müssen wir uns auf die zweite Ebene konzentrieren. Damit sind wir bei unserer Motion. Unsere Lösung für das Gesundheitsproblem ist radikal, aber nicht, weil sie extrem wäre, sondern weil sie das Problem an der Wurzel anpackt. Die grösste, aber bei weitem nicht die einzige Hürde, weshalb armutsbetroffene Menschen einen erschwerten Zugang zu Sportangeboten haben, stellen ihre finanziellen Ressourcen dar. Deshalb soll die Stadt Personen, die am oder unter dem finanziellen Existenzminimum leben, mittels eines fixen jährlichen Beitrags von 400 Franken den Zugang zu professionell begleiteten Gesundheitsförderungsangeboten erleichtern. Damit könnten Personen zum Beispiel problemlos ein Jahresabo für ein Fitnesscenter abschliessen, wenn sie neben dem städtischen Beitrag weitere 200 Franken von ihrer Seite beitragen. Die Begleitung soll professionell sein, weil der Wiedereinstieg in die körperliche Tätigkeit nicht einfach ist und spezifische Beratung braucht. Leider unterstützt der Stadtrat unsere Motion nicht, obwohl er unsere Argumentation durchaus nachvollziehen kann. Der Stadtrat ist aufgrund von zwei bereits überwiesenen Postulaten an der Problematik dran und ist auf eine andere Lösung gestossen. Er will den Zugang zur Kulturlegi erweitern und die Angebote verbessern, indem er mehr Betriebe zur Teilnahme an diesem Projekt überzeugt. Die Kulturlegi ist ein gutes Angebot und die Grosszügigkeit der teilnehmenden Betriebe ist unbestritten. Die wichtigere Frage ist aber, ob der stadträtliche Weg auch zur Lösung des Problems führt. Da haben wir in erster Linie finanzielle Bedenken. Ein Jahresangebot für ein Rückentraining kostet mit Kulturlegi 826 Franken statt 1180 Franken. Ein Jahresabo für Pilates kostet 730 Franken statt 1100 Franken. Das sind grosszügige Rabatte. Es sind aber immer noch Preise, die sich armutsbetroffene Menschen nicht leisten können. Die Lösung des Stadtrats verpasst ihr Ziel – ganz im Gegensatz zu unserer Lösung, die sich armutsbetroffene Menschen auch leisten können. Der Stadtrat weiss, dass das Angebot der Kulturlegi sehr variabel ist und von der Güte der jeweiligen Betriebe abhängt. Anstatt armutsbetroffene Menschen zu ermutigen, stürzt er die Menschen in neue Abhängigkeiten. Der Stadtrat erwähnt nicht, was mit den Transportkosten geschieht, wenn das bevorzugte Kulturlegiangebot ausschliesslich am anderen Ende des Kantons stattfindet. Im Wissen, dass die Sozialdienste die Transportkosten nicht übernehmen werden, werden neue Hürden eingebaut, statt sie zu beseitigen. Wir bitten um Unterstützung, weil die Gesundheit der Menschen, die von diesen Massnahmen profitieren, nicht warten kann.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Der Stadtrat lehnt die Motion ab, ist aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Die Motion fordert 400 Franken als Maximalbeitrag für Menschen, die am oder unter dem Existenzminimum leben. Der Stadtrat teilt die Meinung, dass ein bezahlbares und vielfältiges Sportangebot auch Menschen mit wenig*

Geld zur Verfügung stehen sollte. Es gibt aber mit der Kulturlegi bereits ein wichtiges Instrument, das armutsbetroffenen Personen einen ermässigten Zugang zu Sport, Bildung und Kultur ermöglicht. Die Stadt unterstützt die Kulturlegi seit 2007. Die Kulturlegi ist ein persönlicher Ausweis für Erwachsene und Kinder ab 5 Jahren. Gegen Vorweisen der Kulturlegi haben Inhaberinnen und Inhaber der Karte Zugang zu einem Angebot, das in der Regel zwischen 30 und 50 Prozent reduziert ist. Aktuell ermöglicht die Kulturlegi 363 vergünstigte Angebote in der Stadt, davon 79 im Bereich Sport und Freizeit und 69 Angebote im Bereich Gesundheit und Wellness. Das zuständige Sozialdepartement prüft aktuell zusammen mit der Caritas Zürich, wie weitere Anbietende dazu motiviert werden können, ihre Dienstleistungen für Bezügerinnen und Bezüger von der Kulturlegi zu vergünstigen. Gleichzeitig wird auch geprüft, ob durch eine zusätzliche Finanzierung durch die Stadt weitere Angebote für Bezügerinnen und Bezüger der Kulturlegi geschaffen werden können. Das Sozialdepartement prüft auch im Zusammenhang mit dem Postulat 2019/47 eine Vereinfachung des Zugangs zur Kulturlegi, um den Kreis der Bezugsberechtigten zu erhöhen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Kulturlegi ein sinnvolles Instrument ist, um sozial benachteiligten Personen kostengünstigen Zugang zu einem vielfältigen Sport- und Gesundheitsangebot zu ermöglichen. Die Kulturlegi ermöglicht im Gegensatz zu einem fixen Pauschalbetrag gezielte, wie auch umfassendere Vergünstigungsleistungen. Dazu sind verschiedene Abklärungen in Arbeit, um einerseits das Angebot für Bezügerinnen und Bezüger der Kulturlegi weiter zu erhöhen und andererseits, um den Bezug der Kulturlegi für anspruchsberechtigte Personen zu vereinfachen. Der Stadtrat ist aber sehr wohl interessiert, das Postulat zu prüfen und ein zusätzliches Sportangebot zu akquirieren. Deshalb nehmen wir den Vorstoss als Postulat entgegen.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Ich bin froh, dass auch der Stadtrat in Ihrem Vorstoss einen falschen Ansatz sieht. Ihre Forderung ist höchstens eine Wirtschaftsmassnahme für Fitnessstudios. Der Antrag zeigt, wie jemand mit einer wohlstandsverwöhnten Brille etwas Gutes tun will, indem er am Existenzminimum lebenden Menschen ein Fitnesssabo ermöglichen will. Es ist blödsinnig, zu glauben, Menschen am Existenzminimum würden die 400 Franken für Fitness ausgeben. Wenn jemand 400 Franken bekommt – was ich ihm oder ihr von Herzen gönnen mag –, geht er auf eine Vitaparcours, in die Limmat schwimmen, joggen oder macht sonst einen Sport, der nichts kostet. Mit den 400 Franken kauft man sich dann das Nötigste wie Essen und warme Kleider. Man könnte allenfalls darüber nachdenken, die Menschen im gesundheitlichen Bereich weiterzubilden, damit sie wissen, wie sich vor Krankheiten schützen können. Ich nehme aber an, dass die Caritas das bereits tut. Für mich ist der Vorstoss einfach nur lächerlich und schießt völlig am Ziel vorbei.

Samuel Balsiger (SVP): Elisabeth Schoch (FDP) zeigte auf, wie weit sich die linke Seite vom normalen, einfachen Bürger entfernt hat. Als ob jemand, der nicht genug Geld hat, um sich Essen zu kaufen, die Krankenkasse oder die Miete zu zahlen, ins Fitnesscenter gehen will. Diese Annahme ist realitätsfremd und weit weg von dem, was die linke Seite ursprünglich mal vertrat. Sie haben nichts mehr mit dem einfachen Bürger auf der Strasse zu tun. Sie sind heute alle gut ausgebildet, haben meistens einen

staatsnahen Job mit einem guten Gehalt und Sicherheit. Sie kennen die Verhältnisse der Menschen, die nicht wissen, wie sie die Rechnungen am Ende des Monats bezahlen sollen, schlicht nicht. Deshalb kommen Sie auch mit solch komischen Vorstössen und wollen jemandem, dem das Geld für das Essen nicht reicht, 400 Franken für das Fitnessstudio zahlen. Woher wissen Sie, dass die Person das Geld für das Fitnessstudio ausgibt? Die Person wird natürlich ihre nötigsten Rechnungen bezahlen. Es ist interessant, dass Sie das Fitnesscenter in den Mittelpunkt stellen. In der Stadt Zürich gehen nur 28 Prozent der Menschen ins Fitnessstudio, während rund 71 Prozent der Stadtzürcher im letzten Jahr draussen Sport gemacht haben. Im Fitnesscenter sieht man ausserdem viele Jugendliche, die wenig Geld haben. Sie können sich das Abo leisten, weil sie sich ihr Geld gut einteilen.

Marcel Bührig (Grüne): Die Argumentation der SVP hat nichts mit der Motion zu tun, weil es in der Motion nicht um eine Pauschalauszahlung, sondern effektiv um die Förderung von professionell geleiteten gesundheitsfördernden Leistungen geht. Natürlich können Menschen im Wald joggen. Es gibt aber durchaus gesundheitliche Probleme, die man nur mit professioneller Hilfe lösen kann. Bei einem Vitaparcours kann man sich zwar bewegen, aber es geht uns um den professionellen Ansatz mit spezifisch gesundheitsfördernden Massnahmen. Die Menschen können sich diese Professionalität nicht leisten. Viele gesundheitliche Probleme wie Rückenschmerzen könnten verhindert werden. Es geht um die Förderung der Massnahmen, für die den Menschen die finanziellen Mittel fehlen. Das Argument der hohen Kosten funktioniert nicht, weil auch ein stationärer Aufenthalt in einem Spital subventioniert wird und vom Steuerzahler gezahlt werden muss. Bei gesundheitsfördernden Massnahmen muss man sich immer überlegen, ob man damit auch Spitalaufenthalte verhindern kann. Die Behandlung eines Herzinfarktes in einer kardiologischen Klinik in einem Spital kostet definitiv mehr als 400 Franken. Gesundheitsfördernde, präventive Massnahmen sparen später an anderer Stelle Geld und entlasten unser Gesundheitssystem. Für dieses Ziel bräuchte es aber Politik mit Weit-sicht und Horizont. Dafür sind die Bürgerlichen in dieser Stadt aber nicht bekannt.

Marcel Savarioud (SP): Ich finde den Vorstoss wichtig und unterstütze die Stossrichtung. Wir von der SP finden das Problem aber ein bisschen komplexer und unterstützen das Anliegen deshalb als Postulat. Wir finden, dass mit der Kulturlegi bereits einiges im Gange ist und bald mehr dazukommen wird. Die Gesundheit ist in unserer Gesellschaft nicht selbstverständlich. Sie wurde eben fast als lächerlich abgetan. Ich habe selbst vor sechs Jahren angefangen, Sport zu treiben und weiss auch als Pflegefachmann, was das bedeutet. Schlussendlich gibt es ohne Bewegung kein Leben. Der Zusammenhang zwischen Bewegung und Armut ist unbestreitbar und man sollte sich über diesen Zusammenhang nicht lustig machen.

Andreas Egli (FDP): Wir haben heute gehört, dass zu wenig Sport ungesund ist. Man konnte dabei den Eindruck gewinnen, dass die Volksgesundheit wesentlich davon abhängt, ob man ein Fitnessabo besitzt. Aus gesundheitlichen Überlegungen ist es nicht zwingend notwendig, Gewichte zu stemmen. Studien belegen, dass bereits ein halbstündiger Spaziergang pro Tag die geltend gemachte gesundheitliche Problematik grossmehrheitlich beseitigt. Menschen mit schweren gesundheitlichen Problemen, die

sich medizinisch betreut bewegen müssen, sollten sich vom Arzt eine Physiotherapie verschreiben lassen. Diese Fälle werden von der Krankenkasse bezahlt. Die Stadt muss in diesen Fällen also nicht einspringen. In der jetzigen Situation, in der sich viele auch gutverdienende Menschen überlegen müssen, ob sie in Zukunft ihr Geld wirklich noch ins Fitnessabo investieren wollen, können wir uns keine nicht notwendigen Ausgaben leisten.

Guy Krayenbühl (GLP): Gesundheit ist ein wichtiges Gut. Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, sich sportlich zu betätigen. Der Stadtrat legte aber dar, dass auch Menschen am Existenzminimum durch die Kulturlegi die Gelegenheit haben, Sport zu treiben. Der Vorstoss der AL ist meiner Meinung nach eher eine Erhöhung des Existenzminimums um 400 Franken oder eine Covid-Massnahme für Fitnessstudios. Geld wird dabei nicht wirklich zielführend ausgegeben. Deshalb lehnen wir die Motion ab, würden einem Postulat aber zustimmen.

Samuel Balsiger (SVP): Woher wissen Sie, dass die Menschen ins Fitnesscenter gehen und Sport machen möchten? Wer ein hartes Leben hat, will abends vielleicht lieber vor dem Fernseher sitzen und so seine Freizeit verbringen. Wie können Sie so arrogant sein, vom hohen Ross herunter mit einem anständigen, gutbezahlten Job bestimmen zu wollen, wie jemand mit wenig Geld und hartem Leben seine Freizeit gestalten soll? Das geht Sie nichts an. Wenn Sie anderen Menschen Sport vorschreiben wollen, frage ich mich, ob Sie wirklich das Sportideal darstellen, das Sie anderen vorschreiben wollen?

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Ich bitte Sie, zuerst den Vorstoss zu lesen, bevor Sie ihn kritisieren. Es steht nirgends, dass die Menschen bedingungslos 400 Franken erhalten. Sie bekommen 400 Franken für ein professionell begleitetes Angebot – zum Beispiel Fitness. Das funktioniert gleich wie bei privat versicherten Personen. Man muss einen Beleg vorweisen, um dann das Geld zurückzubekommen. Auch ich fände es gut, wenn ich als Arzt meinen Patientinnen und Patienten bei Rückenschmerzen Physiotherapie verschreiben könnte und die Krankenkasse die Physiotherapie zahlen würde. Dem ist aber leider nicht so. Die Krankenkasse zahlt nicht einmal bei geschlechtsangleichenden Operationen, die klar und deutlich bezahlt werden müssen. Ich verbringe mehr als einen Drittel meiner Zeit mit Krankenkassenkorrespondenzen. Das System funktioniert so nicht. Dem Sprecher der SVP empfehle ich einen Anstandskurs. Er bezeichnet unsere Partei als komische Partei und ist beleidigt, wenn er politisch angegriffen wird. Den Vorwurf von Wohlstandsverwöhnt weise ich als Migrant, der mit 11 Jahren in die Schweiz kam, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, deutlich zurück. Die bürgerliche Seite und die GLP sprachen von Selbstverantwortung. Selbstverantwortung funktioniert in der Medizin relativ schlecht. Ein Beweis dafür ist die weltweite Pandemie. Würde die Selbstverantwortung funktionieren, hätte der Bundesrat heute nicht die Massnahmen beschlossen müssen, weil wir sie selbst eingehalten hätten. Stellen Sie sich vor, Sie könnten ein Sportabo für 750 oder für 250 Franken kaufen. Welches Angebot würden Sie nehmen? Deshalb bleiben wir bei der Motion. Wenn der Stadtrat tatsächlich an einer Umsetzung interessiert ist, wird er uns die Subventionsweise zeigen müssen. Falls diese nicht gut ist, werden wir nochmals einen Vorstoss machen.



6 / 6

Marcel Bührig (Grüne): *Dass die SVP nicht nur nicht politisch diskutieren kann, sondern seit einiger Zeit auch in persönliche Diffamierungen und Beleidigungen abrutscht, konnten wir bereits letzte Woche sehen. Ich finde es interessant, wie wir als gewählte Volksvertreter miteinander umgehen. Ihre Voten zeigten nicht auf, weshalb man die Motion zwingend ablehnen müsste. Bei explizit gesundheitsgefährdenden Beschwerden kann ein Arzt eine Physiotherapie verordnen, die von der Krankenkasse bezahlt wird. Das geht aber nicht immer und Krankenkassen sind leider vor allem bei Physiotherapeuten und -therapeutinnen gewieft, Leistungen abzulehnen. Es soll in Fällen, in denen Menschen sich keine professionelle Hilfe leisten können, ein Beitrag ausgezahlt werden. Dabei handelt es sich nicht um Milliardenbeträge. Trotzdem können sie die Gesundheit der Menschen verbessern. Wir kennen die Statistiken: Mit Armut steigt das Gesundheitsrisiko. Wir haben hier eine Möglichkeit, das abzufedern.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 24 gegen 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat